

**Antrag an den Unterbezirksparteitag am 28.05.2011
Zur Weiterleitung an den Landesparteitag**

Antragsteller: Ortsverein Angermünde und Ortsverein Schwedt

Antrag: Für ein leistungsfähiges Bundeswasserstraßennetz

Beschlussvorschlag:

Der Parteitag beschließt:

- Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Nutzung der Wasserstraßen für den Transport von Waren und Gütern auf Grund der hohen Energieeffizienz je Gütertonne und damit der geringsten CO₂-Belastung gegenüber anderen Transportarten Priorität erhält.
- Ein europäisches Wasserstraßenverbundnetz sollte auch von Deutschland weiter entwickelt werden.
- Die vorgenommene Neubewertung der Netzstruktur wird abgelehnt, da damit verbunden ist, dass im Bundesverkehrswegeplan 2003 vorgesehene Ausbaumaßnahmen nicht mehr durchgeführt werden sollen. Das heißt, die geplante Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf das Wasser soll nicht mehr umgesetzt werden.
- Der begonnene Ausbau der Havel-Oder-Wasserstraße (HOW) ist in seiner Gesamtstrecke im Begegnungsverkehr nach den Richtlinien für Regelquerschnitte von Binnenschiffahrtskanälen in der Wasserstraßenklasse Va fertig zu stellen.
- Die SPD setzt sich weiterhin für den Erhalt einer Struktur der Bundeswasserstraßen unter der Führung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ein. Eine Organisationsstruktur in Form von Kooperationsmodellen mit Ländern und Kommunen wird abgelehnt. Der Betrieb und die Unterhaltungslast müssen auf Bundesebene bestehen bleiben.

Begründung:

Die derzeitige Bundesregierung plant eine Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Hierbei findet eine Neubewertung der Netzstruktur der Wasserstraßen in Netzkategorien statt. In dieser Kategorisierung sind die Wasserstraßen der neuen Bundesländer zurückgestuft und Maßnahmen, die nach der Wiedervereinigung festgelegt waren, gestrichen. So auch Teile des laufenden Ausbaus der HOW.

Das Land Brandenburg und die Stadt Schwedt sind im Vertrauen auf die Umsetzung der Verkehrsprojekte in Vorleistung gegangen und haben für ca. 20 Millionen Euro die bisherige Verladestelle in unmittelbarer Nähe der Wohnbebauung durch einen neuen Binnenhafen ersetzt. Analoge Maßnahmen sind in Eberswalde und Königs Wusterhausen umgesetzt worden. Da das Wasserstraßennetz nur als Ganzes funktioniert, sind auch diese Investitionen in ihrer Refinanzierbarkeit gefährdet.

Mit der einhergehenden Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sollen die kleineren Wasserstraßen, welche überwiegend touristisch genutzt werden, nicht mehr aus Bundesmitteln finanziert und unterhalten werden. Das Land Brandenburg und die Kommunen besitzen nicht die finanziellen Möglichkeiten, um den Bestand in gleicher qualitativer Form zu erhalten. Wasserbauwerke und Wasserstraßen benötigen ingenieurtechnisches Fachpersonal, welches in der jetzigen Form auf Landes- oder Kommunalebene nicht vorgehalten werden kann.